

6. Interpellation von Christa Thorner und Sonja Wiesmann Schätzle vom 5. Mai 2010 "Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau" (08/IN 44/244)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantinnen haben das Wort für eine kurze Erklärung.

Wiesmann Schätzle, SP: Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Antwort erinnert mich an den Bericht der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen mit dem Titel "Viel erreicht - doch viel bleibt noch zu tun". 40 Jahre Frauenstimmrecht und 26 Jahre Gleichstellungsgesetz sind nicht spurlos an uns vorbeigegangen. Es sind keine Berge mehr, die wir Frauen überwinden müssen, es sind Maulwurfhügel, die uns ins Stolpern bringen. Es sind gläserne Barrieren, die uns im Weg stehen. Wir sehen sie zwar nicht, doch sie sind sehr hinderlich beim Weiterkommen. "Viel erreicht - doch viel bleibt noch zu tun" - für mich beschränkt sich die Antwort des Regierungsrates zu sehr auf den ersten Teil. Was zu tun ist, würde ich gerne im Rat diskutieren. Ich **beantrage** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mehrheitlich beschlossen.

Diskussion

Wiesmann Schätzle, SP: Viele Schranken sind beseitigt, aber nicht in allen Köpfen. Ich habe im Grossen Rat viele Stunden verbracht. Ich durfte über Hasen und Hunde diskutieren und ich war mit meinen Gedanken dabei und nahm die Sache ernst. Wir sprechen nun über die Gleichstellung von Frau und Mann. Meines Erachtens haben 50 % der Bevölkerung Respekt verdient. Ich habe mich sehr gefreut zu lesen, dass die Infostelle "Frau und Arbeit" unterdessen nach 10 Jahren Tätigkeit einen Leistungsauftrag erhalten habe. Dass die Fachstelle "Opferhilfe Thurgau" als frauenspezifische Fachstelle in der Antwort des Regierungsrates erscheint, löst bei mir Erstaunen aus. Es sind doch nicht nur Frauen, die Opfer von Gewalttaten werden. Die Beratungsstelle ist für Frauen und Männer da. Gerade bei dieser Aussage zeigt es sich, dass Gleichstellung nicht nur Zugang zu Bildung und Ausübung von politischen Ämtern und wirtschaftlichen und sozialen Bereichen ist. Es ist die Rollenverteilung und das zementierte Bild der Frauen, das es zu ändern gilt. Wer den Geschäftsbericht hinsichtlich Frauen in obersten Führungsbereichen durchliest, ist sehr schnell fertig. Die Zahlen verharren auf bekannt niedrigen und niedrigsten Niveaus. In meiner Eigenschaft als Mitglied der GFK frage ich bei Ämterbesuchen oder bei Besuchen in Institutionen gebetsmühlenartig immer wieder: Warum ist das so? Die beste Antwort, die ich in den letzten Jahren erhalten habe, ist, dass die Stellen für Frauen zu wenig attraktiv seien, da die Einkaufsmöglichkeiten und -angebote in

Weinfeldern über Mittag für Frauen nicht interessant seien. Ich überlasse es Ihnen, sich die Chancen auszurechnen, die eine Frau bei einem Chef mit ihrer Bewerbung hat, wenn dieser ein solches Frauenbild in sich trägt. Eine Quotenregelung lehnt der Regierungsrat ab. Die Quote, das Unwort, die Quotenfrau, die Buhfrau der Nation. Was ist so schlecht daran, wenn Minderheiten gefördert werden? Die Schweiz ist ein klassisches Quotenland. Wenn wir an die Sitzverteilung im Bundesrat denken, kennen wir eine Quote nach Sprachregion und Landesteilen. Daran stört sich niemand. Die Parteiquotenzusammensetzung im Regierungsrat ist praktisch nicht bestritten. Wo sitzt dann der Quotenmann? Der Unterschied ist wohl, dass wir keinen Quotenmann kennen. Dort heisst es dann: "Ausgewogene Zusammensetzung nach Bevölkerungsgruppen." Was die Frauen in Führungsstellen und Projektgruppen angeht, stelle ich eindeutig noch Verbesserungspotential fest. Ich fordere den Regierungsrat auf, in oberen und obersten Führungspositionen mindestens 25 % und in Projektgruppen mindestens 40 % durch Frauen vertreten zu lassen. Sie leisten damit einen wertvollen Beitrag zur Chancengleichheit. Frauen sind sichtbar zu machen. Ich muss dem Regierungsrat im zweiten Teil seiner Antwort betreffend die Frauen- und Männerberufe widersprechen. Es würde sich sehr wohl etwas ändern, wenn die Frauen in so genannten Männerberufen sichtbarer werden. Kinder und Jugendliche brauchen Vorbilder und Idole. Wenn wir vorleben, dass es für Mädchen nicht attraktiv ist, einen Männerberuf zu ergreifen, weil sie unter anderem keine Chancen und keine Unterstützung im beruflichen Wettbewerb haben, wird sich nie etwas ändern. Vielleicht ist das der Grund für die so genannte Unterpräsentation der männlichen Lehrpersonen. Lehrer war früher ein Männerberuf. Unterschiedlich ist auch immer das Wording. Wir kennen eine Verweiblichung des Lehrerberufs und man ist bestrebt, das zu ändern. Dass von der Vermännlichung in Führungspositionen gesprochen wird, hat man noch nie gelesen. Es gibt sie nicht. Sicherlich ist zu begrüßen, dass die Verwaltung die Situation der Lohnungleichheit laufend überprüft und Klagen eher die Ausnahme darstellen. Anders sehe ich es, dass der Regierungsrat an die privaten Unternehmen nur per Appell Einfluss nehmen könne. Mit den Arbeitsvergaben sind sehr wohl Lenkungsmassnahmen möglich. Basiert das heutige Verfahren auf Selbstdeklaration der Unternehmen, so könnte der Kanton verlangen, dass die Betriebe einen Nachweis erbringen, indem sie beispielsweise den Test mit dem Lohngleichheitsinstrument des Bundes, dem so genannten Logib, absolvieren. Es gibt verschiedene Instrumente um zu prüfen, ob ein Betrieb die Lohnungleichheit einhält oder nicht. Hier könnte der Kanton wertvolle Arbeit leisten und via Gesetz und Verordnung verlangen, dass die Selbstdeklaration mit dem Resultat eines solchen Testes ergänzt wird. Gleichberechtigung beginnt auf dem Papier. Chancengleichheit beginnt in den Köpfen. Gleichstellung ist kein Luxus, sondern ein Verfassungsauftrag.

Hartmann, GP: Die Interpellantinnen beziehen sich auf das UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das Teil des UNO-Menschenrechtsübereinkommens ist. Es enthält eine Definition der Diskriminierung der Frau: Es

verpflichtet die Vertragsstaaten, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bei den eigenen Handlungen zu unterlassen und es verpflichtet die Vertragsstaaten zu Massnahmen, um die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen zu erreichen. Es garantiert den Frauen im öffentlichen und politischen Leben, beim Erwerb der Staatsangehörigkeit, in der Bildung, im Erwerbsleben, im Gesundheitswesen sowie im Ehe- und Familienrecht die gleichen Rechte wie sie Männer haben. Gegenwärtig zählt das Übereinkommen 185 Vertragsstaaten. Es ist aus dem Jahr 1979 und die Schweiz ist 1997 beigetreten. In den Vorbemerkungen zur Beantwortung führt der Regierungsrat feinsäuberlich auf, was in der Schweiz und speziell im Kanton Thurgau aufgrund der Gesetzgebung für die Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frau und Mann getan wird. Zur Beantwortung von Frage 1 betreffend die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen verweist der Regierungsrat auf das geltende Polizeigesetz, das zum Schutz vor weiterer Gewalt die Möglichkeit biete, einen Täter aus der Wohnung, dem Haus und der unmittelbaren Umgebung wegzuweisen. Er zählt die Beratungsstellen auf, mit denen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen wurden. Das sind wichtige Kriseninterventionsstellen. Wichtig ist aber, was darauf folgt: Wie werden Opfer aber auch Täter weiter betreut? Dass der Kanton Thurgau als Arbeitgeber seinen Verpflichtungen betreffend die Gleichstellung der Geschlechter nachkomme, zählt der Regierungsrat in seiner Beantwortung der Frage 2 auf. Nehme ich den Staatskalender zur Hand, zeigt sich mir ein typisches Rollenbild. Vier der fünf Regierungsräte sind Männer. Zugegeben, es wäre die Arbeit der Parteien, das zu ändern. Fünf der fünf Generalsekretäre sind Männer. Die Präsidenten der kantonalen Gerichte und Rekurskommissionen sind Männer. Zivilstandsbeamte sind Frauen, nur ein Mann ist Zivilstandsbeamter. Ich habe bewusst lediglich ein paar Kaderpositionen herausgepickt. Zu Frage 3 macht der Regierungsrat eine kritische Würdigung der bestehenden Vereinbarungen. Etwas hilflos mutet der Hinweis auf die Übervertretung von Frauen als Lehrpersonen auf der Kindergarten- und Primarschulstufe an. Dieser Umstand ist zwar wahr, hat aber bestimmt nicht nur positiven Einfluss auf die Entwicklung der Kinder. Die Gründe für diese Tatsache sind vielfältig. Eine Ursache liegt meines Erachtens darin, dass der Beruf der Kindergärtnerin und der Lehrerin heute gesellschaftlich keinen hohen Stellenwert mehr einnimmt. Die Anforderungen, die heute an Lehrpersonen gestellt werden, sind sehr komplex und vielfältig. Die Kritik, die von allen Seiten in die Schulstuben fliesst, macht den Beruf nicht attraktiver. Ein weiterer Grund für die Frauendominanz in den Schulstuben liegt bestimmt auch in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als Lehrerin besteht die Möglichkeit, in einem Teilpensum zu unterrichten. Vorbereitungen können daheim gemacht und Ferien gemeinsam mit den eigenen schulpflichtigen Kindern geplant werden. Zur Frage der Lohngleichheit legt der Regierungsrat glaubhaft dar, dass er seiner Vorbildfunktion als Arbeitgeber in der kantonalen Verwaltung nachkomme. Eine Vorbildfunktion, auf deren Umsetzung er in der Privatwirtschaft keinen weiteren Einfluss hat. Sowohl in der Verwaltung als auch in der Wirtschaft und der Politik ist es zwingend, dass die Strukturen sowohl für Frauen als auch für Männer stimmen. Die GP-

Fraktion ist ein gutes Beispiel dafür, dass Strukturen und andere Voraussetzungen für ein ausgewogenes Miteinander der Geschlechter möglich ist. Der Regierungsrat kann sich nicht für eine Quotenregelung erwärmen. Eine solche hiesse ja nicht: 50 % Frauen und 50 % Männer. Eine Quote kann auch heissen, dass Frauen und Männer zum Beispiel in einem Mindestsatz von 30 %, 40 % oder beliebigen Prozentsätzen vertreten sein müssen. Vielerorts hiesse es dann aber: Machen Sie Platz, Monsieur. Angesichts der Tragödien, die zurzeit in Japan und Libyen geschehen, scheint es auf den ersten Blick nicht dringlich und notwendig, in unserem Land und unserem Kanton die Gleichstellung von Mann und Frau zu diskutieren. Meines Erachtens sind weder Frauen noch Männer die besseren Menschen. Wenn Frauen und Männer die in der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft gestellten Aufgaben gemeinsam und gleichberechtigt lösen, gelangen wir zu besseren Ergebnissen, als wenn dies wie bisher aus männlicher Sicht geschieht. Davon bin ich überzeugt.

Badertscher, FDP: Ich danke dem Regierungsrat für die sehr ausführliche Antwort. Unseres Erachtens sind alle Fragen umfassend beantwortet. Weil der Regierungsrat vor allem auch auf die Situation in der Verwaltung eingeht, möchte ich auf den Teil in der Privatwirtschaft zugehen. Die Diskussion am 8. März hat es deutlich gezeigt: Die Frauen werden zunehmend ungeduldig. Die Forderung nach Quoten ist salonfähig geworden. Ich verstehe die Beweggründe für diesen Wechsel, aber ich bin trotzdem gegen Quoten. Um es klarzustellen: Diskussionen wie "Die Bestqualifizierten sollen eine Kaderstelle bekommen", "Durch Quoten fehlt nachher die Legitimation in der Arbeit" oder "Wir möchten Frauen, aber es gibt keine" ärgern mich und werden immer nur geführt, wenn es um Frauen geht. Es gab und gibt unzählige Kaderstellen, die schlecht besetzt sind von Männern. Kaum jemand führt eine Diskussion darüber. Es kommt niemandem in den Sinn, die Legitimation der Männer in Kaderpositionen zu hinterfragen, obwohl die Quote seit hundert Jahren heisst: 100 % Männer. Ich bin Mitglied des "Female Board Pooles" der Universität St. Gallen. Professor Martin Hilb hat den Pool kreiert und sagt heute ganz deutlich, dass es eine Vielzahl von bestqualifizierten Frauen in diesem Pool gebe. Die Nachfrage sei nicht vorhanden. Davon habe ich mich an verschiedenen Veranstaltungen selber überzeugen können. Jede Entwicklung, die gesund abläuft, braucht ihre Zeit. Gut Ding will Weile haben. Hier muss ein Kulturwandel stattfinden. Auch dieser braucht seine Zeit. Verbesserte Infrastrukturen wie Kinderkrippen, Arbeitsbedingungen mit Teilzeitarbeit auch in Führungspositionen, Telearbeit oder Weiterbildungsmöglichkeiten auch für Personen, die Teilzeit arbeiten sind attraktiv, weil sie Frauen und Männern mehr Lebensqualität bieten. Ab 2015 wird der Mangel an Top-Führungskräften eklatant werden. Es braucht die Frauen, nicht aus moralischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Gemischte Teams bringen einfach bessere Leistungen. Dazu muss man keine Statistiken zitieren. Es ist doch klar, dass ein Team, das einen breiteren Erfahrungsschatz einbringen kann, auch bessere Resultate zustande bringt. Ich bin überzeugt, dass Frauen in Top-Positionen sich auch ohne Quoten durchsetzen werden.

Jordi, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für den ausführlichen Bericht. In den letzten Jahren wurde sehr viel daran gearbeitet, dass die Frauen im Beruf und im Privatleben den Männern gleichgestellt werden. Eine Frau kann sich beruflich ausbilden lassen, Kinder bekommen, diese grossziehen und auch nach einigen Jahren problemlos wieder im Arbeitsleben Erfolg haben. Heute können sich Frauen genauso gut ausbilden lassen wie Männer. Es gibt immer noch junge Frauen, denen eine gute Ausbildung zu wenig wichtig ist. Sie denken, es reiche, wenn sie heiraten und Kinder kriegen. Sie legen mehr Wert auf ihr Aussehen, statt dass sie sich gut ausbilden. Das wird zum Teil immer noch von den Eltern an ihre Kinder weitergegeben. Eine Frau kann heute alleine leben und wird als vollwertig anerkannt. In Familien hat eine Frau die gleichen Rechte wie ein Mann. Wenn es zu einer Trennung kommt, hat sie oft sogar mehr Rechte als der Mann, vor allem was die Kinder betrifft. Im Beruf sind mehr Männer als Frauen Vorgesetzte. Jedoch sind immer mehr Frauen in höheren Positionen anzutreffen. Ob und wann hier wirklich eine Gleichstellung erreicht wird, lässt sich nicht sagen. Letztlich müssten Frauen in allen Bereichen auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. In typischen Männerberufen wird eine Frau nicht gleichwertig behandelt. Auch hier wird es noch dauern, bis sich Frauen durchsetzen können. In den Gesetzen und im Recht sind Frauen und Männer gleichgestellt. Noch immer sind Frauen häufiger Opfer von Gewalt, die ihnen Männer zufügen. Es ist wichtig, dass Frauen wissen, wo sie Hilfe erhalten. Das gilt auch für ausländische Frauen. Meine persönliche Argumentation zum Thema "Beseitigung jeder Form": Als vor gut einem Jahr eine Tageszeitung junge Frauen suchte, die sich fast unbekleidet auf der Titelseite präsentieren möchten, meldeten sich über tausend Frauen. Frauen sollten sich ihres Wertes bewusst sein, sich mit Würde kleiden und benehmen. Ebenso sollen sie sich gut ausbilden lassen, damit ihnen generell mehr Achtung entgegengebracht werden kann. Auch das wären kleine Schritte zur Beseitigung von Diskriminierungen der Frau.

Weber, CVP/GLP: Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung. Die Grundwerte der CVP/GLP-Fraktion stellen sich grundsätzlich gegen jede Diskriminierung jeglicher Art. In der Interpellation geht es jedoch um die Frau, darum sprechen wir in erster Linie über sie. In den letzten Jahren hat sich sehr vieles verbessert, das die Rechte der Frauen stärkt. Meines Erachtens sehe ich für die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion, die sie in wesentlichen Punkten auch wahrnimmt wie in der Lohngleichheit oder bei der Stellenbesetzung. Das heisst aber nicht, dass auch hier vor allem in Führungspositionen kein Handlungsbedarf vorhanden ist. Eine Beeinflussung der Privatwirtschaft sowie eine Quotenregelung für bestimmte Berufe kann leider nicht realisiert werden. Für den zweiten Punkt fehlen schlicht die dazu ausgebildeten oder interessierten Frauen. Für eine Quotenregelung spricht auch, dass sich die Frauen für gewisse Funktionen nicht zur Verfügung stellen. Kürzlich habe ich einen Spruch gelesen: "Die Passivität ist die Macht der Männer." Sind wir Frauen zu faul geworden? Die Motionärin fordert, dass Frauen sich sichtbar machen müssten. Ich fordere, dass Frauen sich hörbar machen müssen.

40 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechtes haben wir zwar viel erreicht, müssen aber auch eingestehen, dass es immer noch schwierig ist, für bestimmte Ämter und Funktionen, vor allem auch in der Politik, willige Frauen zu finden. Ich sage absichtlich willig, denn fähige Frauen hat es meines Erachtens viele. Meistens fehlt es an Mut und Wille, sich zu positionieren und sich öffentlich zu zeigen. Persönlich fühlte ich mich noch nie diskriminiert. Für die Männer stellt das Familienleben oft eine Diskriminierung dar. Männer- und auch Führungsberufe bieten keinen Platz und keine Möglichkeiten, Teilzeitarbeit aufzunehmen. Es wird keine Flexibilität gewährleistet, die es den Familien ermöglichen würde, die Arbeit besser aufteilen zu können, was wiederum den Frauen entgegenkommen würde. Ich finde es wichtig, dass sich Frauen immer wieder bewusst werden, wo sie stehen und wo sie hin wollen. Daher sind solche Diskussionen auch wertvoll. Trotzdem möchte ich die Frauen darauf aufmerksam machen, dass es nicht nur an den Männern liegt, Führungspositionen einzunehmen oder sich für einen Lehrgang einzutragen. Ich möchte Ihnen den Spruch auf einer Karte der Frauenzentrale Thurgau nicht vorenthalten: "Wir möchten einen Thurgauer Apfelkönig und die Hälfte aller Parlamentssitze."

Thorner, SP: Wenn wir heute angesichts der katastrophalen Vorkommnisse in Japan über das Thema "Diskriminierung der Frau im Thurgau" diskutieren, ist das global gesehen unwichtig - ein "Luxusthema". Wenn wir die Thematik global mit dem anderen Krisengebiet in Nordafrika in Beziehung setzen, wo die Frauen in der islamischen Welt gegen die Despoten kämpfen, hat die frauliche Diskriminierung auch im Thurgau wieder mehr Bedeutung. Vor allem Frauen aus anderen kulturellen Gegenden werden auch hier immer noch stark unterdrückt. Sie werden zu Ehen gezwungen und immer noch genital verstümmelt, auch bei uns in der Schweiz. Es gilt, sich dieser Sensibilität jenseits der Beantwortung der Interpellation zu widmen. Hier gilt es auch, nicht weg zu schauen, wenn Frauen aus anderen kulturellen Kreisen unterdrückt sind. Ich danke dem Regierungsrat für die sorgfältige Beantwortung und Ihnen für die Diskussion. Eine Bestandsaufnahme und eine Standortbestimmung sind wichtig um zu sehen, was wir bereits erreicht haben. Der Regierungsrat hat es aufgezeigt: Viel Gutes ist erreicht. Es ist aber auch so, dass das Gute der Feind des Besseren ist. Was den Ausblick anbelangt, ist die Beantwortung etwas mager ausgefallen. Die Fragen, was der Regierungsrat zu tun gedenkt und was seine Ziele sind, wurden wenig bis sehr diffus beantwortet. Ich habe den Verdacht, dass es gar keine Ziele und keine Strategien gibt. Mir fehlt der klare Wille. Wir Frauen können doch nicht zufrieden sein, wenn wir im Durchschnitt bei gleicher Qualifizierung immer noch 19 % weniger verdienen. Wir können doch auch nicht zufrieden sein, wenn insbesondere die unerklärlichen Lohnunterschiede noch so gross sind. Hier erwarte ich vom Regierungsrat als Vorbildwirkung, dass er die Zuschlagskriterien bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand im Sinne eines Einheitsmodelles auch an die Kriterien der Lohnstruktur in den Betrieben anpasst. Das Instrument, das so genannte Logib, gibt es. Können wir uns damit zufrieden geben, dass der Anspruch der Gleich-

berechtigung in den höheren Etagen überhaupt noch nicht erreicht ist? Bei mittleren und grossen Unternehmen beträgt der Frauenanteil im Management 5 %. Es ist nicht nur ein Schönheitsfehler. Wie viele Frauen stehen hinter den 65 Namen im Organigramm der Thurgauer Kantonalbank? Es ist eine Frau im Bankrat, eine Frau in der Leitung Stäbe für die Unternehmungskommunikation und eine Frau ist Niederlassungsleiterin. 3 von 65 Personen sind Frauen. Das ist nicht akzeptabel und wir können nicht zufrieden sein. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat vor einigen Wochen zusammen mit dem Arbeitgeberverband einen Führer herausgegeben wie es gelingt, mehr Frauen in Führungspositionen bringen zu können. Diesen Führer empfehle ich allen Unternehmungen, der öffentlichen Hand und den Gemeinden. Hat der Regierungsrat eine Strategie, wie er den Anteil der Führungspersonen in Unternehmen verstärken kann, mit denen er Leistungsvereinbarungen unterhält oder wo er massgebend in Eigentümerstrategien steuern kann? Ich wünsche mir, dass wir in vier Jahren eine bessere Ausgangslage vorfinden und erwarte, dass sich die strukturellen Barrieren innerhalb der Führung vor allem in der öffentlichen Verwaltung verbessern und die gläserne Decke nicht nur durchsichtig, sondern auch durchgängig wird.

Schnyder, SVP: Ich habe es befürchtet: Wer spricht in unserem Parlament über die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen? Aus allen Fraktionen spricht jeweils eine Frau. Ich hätte mir eine Debatte gewünscht, in der Männer das Thema aufgegriffen und ausschliesslich Männer als Fraktionssprecher geamtet hätten. Eine weitere Feststellung ist meines Erachtens, dass ich langsam aber sicher das Gefühl nicht loswerde, dass dieses Thema auch eine Generationenfrage ist. Vielleicht bin ich noch zu jung, um vollends nachvollziehen zu können, warum die Diskriminierung des weiblichen Geschlechtes trotz der zahlreichen Massnahmen, Veränderungen und Gesetzesanpassungen immer wieder mit einem leichten Stöhnen zwischen den Zeilen aufgegriffen wird. Ich habe Verständnis dafür, dass die Generation meiner Mutter echt kämpfen musste, um gehört zu werden, in politische Ämter gewählt zu werden und um Kaderpositionen in der Arbeitswelt zu erlangen. Heute stehen den Frauen jedoch grundsätzlich alle politischen und beruflichen Wege offen. Sie müssen sie nur einschlagen. "Wir Frauen stehen uns selbst im Wege, stolpern in Rollenfallen und werden zu Komplizinnen der eigenen Selbstentwertung." So wurde am 4. März 2011 die deutsche Journalistin Bascha Mika in der "Thurgauer Zeitung" zitiert. Mit ihrer neusten Schrift "Die Feigheit der Frauen" provoziert sie zwar, spricht aber einigen Frauen aus dem Herzen. Bekanntlich hat es im Bundesratsgremium in Bern und demnächst auch im siebenköpfigen Gemeinderat der kleinen Landgemeinde Langrickenbach eine Frauenmehrheit. Wenn Frauen mit Mut, Interesse und den nötigen Kompetenzen ein Ziel erreichen wollen, können sie es aus eigener Kraft schaffen. Die Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation zeigt die Entwicklung der letzten Jahrzehnte sehr sorgfältig auf. Die Stellungnahme ist nicht nur für mich persönlich, sondern für die gesamte SVP-Fraktion stimmig. Wir sind heute an einem Punkt angekommen, an dem beispielsweise beim Sorgerecht für Kinder im Scheidungsfall die Männer

gegen ihre Diskriminierung kämpfen. Wir sind auch an einem Punkt, an dem Politikerinnen und Politiker aus allen Lagern sich wieder mehr Männer im Lehrerberuf wünschen. Die Anstrengungen um eine Gleichstellung der Geschlechter dürfen also nicht soweit gehen, dass das Schiff auf die andere Seite kippt.

Dr. Merz, CVP/GLP: Das Grundanliegen der Interpellation kann und darf nicht einfach nur Anliegen der Frauen sein. Ich halte es für sehr wichtig und unterstütze es. Meines Erachtens ist es zentral, dass Frauen und Männer dafür einstehen, beiden Geschlechtern in allen Bereichen die gleichen Chancen zu eröffnen und für die Beseitigung von Diskriminierung in jeder Form einzustehen und zu kämpfen. Wenn sich Frauen etwas nicht zutrauen, stehen bisweilen auch Männer dahinter oder daneben, die ihnen nichts zutrauen. Ich stehe hinter der Haltung unserer Fraktion, auf eine Quote zu verzichten. Ich hoffe, dass wir in einigen Jahren auf weitere Fortschritte zurückblicken können.

Regierungsrat **Dr. Graf:** Wir haben eine interessante Diskussion mit männlicher Beteiligung gehört. Der Regierungsrat hat die Diskussion mit Aufmerksamkeit verfolgt. Wir haben ihr entnehmen können, dass sich in den letzten Jahren sehr viel bewegt hat. In der Antwort haben wir das auch aufgezeigt. Wir befinden uns in einem Prozess, der schon früh begonnen hat aber heute noch nicht abgeschlossen ist. Im Kanton Thurgau wurde viel getan. Das Thema "Lohngleichheit" haben wir in der kantonalen Verwaltung verinnerlicht. Ich kann mich nicht erinnern, dass das Thema je auf einer Streitebene gelandet ist, sondern es ist schon so angelegt worden, dass man nie streiten musste. Wenn ich auf andere Kantone schaue und dort die Gerichtsentscheide verfolge, muss ich feststellen, dass diesbezüglich auch in grossen Kantonen immer wieder Gerichtsverfahren stattfinden, die im Thurgau nicht mehr denkbar wären. Das darf uns eine gewisse Genugtuung geben. Gelegentlich neigt man dazu zu sagen, dass wenn Frauen gewisse Positionen erreichten, sich die Positionen in der Zwischenzeit entwertet hätten. Das ist nicht immer zutreffend. Das Zivilstandswesen hat beispielsweise an Bedeutung gewonnen und nicht verloren. Es ist noch anspruchsvoller geworden und die Erfolge dürfen erwähnt werden. Erfolge sind sichtbar aber zugegeben nicht überall durchschlagend. Das müssen wir anerkennen. Einige Anregungen sind heute gemacht worden. Der Regierungsrat hat sie gehört und nimmt sie mit Interesse zur Kenntnis. Es gibt noch einiges zu tun. Der Regierungsrat bleibt dran.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.